

SDAJ:

# Kommunisten schleichen sich in die Jugendringe ein

**Die DKP-nahe Jugendorganisation Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) verstärkte in den letzten Monaten ihre Bemühungen, in Stadt- und Kreisjugendringen als ordentliches Mitglied aufgenommen zu werden. In einer Analyse weist Dr. Gerd Langguth, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, auf die Ziele der SDAJ hin.**

Der SDAJ-Bundesvorsitzende Gehrcke wies bereits in seinem Tätigkeitsbericht anlässlich des IV. Bundeskongresses der SDAJ, der am 18. und 19. Mai 1974 in Hannover stattfand, auf eine „Mitarbeit in über 60 Kreis- und Stadtjugendringen sowie in den Landesjugendringen Bremen und Saar“ hin. Laut Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1973 war die SDAJ damals in 41 Kreis- und Stadtjugendringen Mitglied, 1972 in lediglich 32. Die Bemühungen der SDAJ, in den deutschen Bundesjugendring aufgenommen zu werden, fanden bisher keine qualifizierte Mehrheit, wenn sich auch dort bereits zahlreiche Befürworter eingefunden haben.

Die SDAJ, die ihre Aufnahme in diesen Gremien sehr stark vor einem propagandistischen Hintergrund betreibt und auch nichtkommunistische Personen und Gruppierungen in ihre Agitation mit einbezieht, will vor allem aus zwei Gründen Mitglied in den Jugendringen werden:

- Sie will die Möglichkeit öffentlicher Förderung nutzen, d. h., für Jugendarbeit vorgesehene Gelder in ihre kommunistische Agitation einbringen.
- Sie will ihre Mitgliedschaft in Stadt- und Kreisjugendringen nutzen, um neue Möglichkeiten für ihre Bündnispolitik zu schaffen, vor allem aber, um von nichtkommunistischen Organisationen die Bescheinigung politischer Salonfähigkeit und damit eine demokratische Legitimation zu erhalten.

Vierorts sind die eigentlichen Ziele der SDAJ, vor allem ihre politischen Verbindungen zur DKP, nicht hinreichend bekannt. Die öffentliche Förderung der SDAJ wurde oft ohne Kenntnis ihrer politischen Ausrichtung beschlossen. Es kam sogar vor, daß — wie in Frankfurt — die SDAJ mehr öffentliche Mittel erhielt als die Junge Union. Daneben sind auch Beispiele bekannt geworden, daß SDAJ-Gruppen in Jugendringe aufgenommen wurden, während der Jungen Union oder dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten wegen angeblicher „Verfassungsfeindlichkeit“ die Aufnahme verwehrt wurde — wie kürzlich in Bielefeld geschehen.

## Zur Geschichte der SDAJ

Während die DKP am 12./13. April 1969 in Essen offiziell gegründet wurde, ist die SDAJ bereits ein Jahr früher, nämlich am 4./5. Mai 1968 in Schloß Borbeck bei Essen durch 214 Delegierte aus 10 Bundesländern und 186 Gastdelegierte und Gäste ins Leben gerufen worden. Zu den Gästen zählten im übrigen führende Mitglieder der verbotenen KPD, die später die DKP aufbauten, so Kurt Bachmann, Herbert Mies und Manfred Kapluck. Durch ihre relativ frühe Gründung sollte die SDAJ die schon damals auseinanderfallende „antiautoritäre“ Protestbewegung, wie sie vor allem vom SDS angeleitet wurde, im dogmatisch-kommunistischen Sinne kanalisieren und politisch in den Griff bekommen. Dies beweist, welche Bedeutung von seiten der späteren DKP der Jugendarbeit der SDAJ beigemessen wurde.

Obwohl bei der Gründung der SDAJ darauf geachtet wurde, daß nur möglichst „linientreue“ Jugendliche aufgenommen wurden, kam es doch anfänglich zu internen Differenzen, als beispielsweise die SDAJ-Führung den Einmarsch von Warschauer Pakt-Truppen in die CSSR begrüßte. Es wurde hart gegen diejenigen vorgegangen, die sich deutlich von der Invasion distanzieren.

### Altkommunisten kamen zu Hilfe

In Mannheim beispielsweise war zunächst ein SDAJ-Vorstand abgewählt worden, der den Einmarsch guthieß, wobei ein neuer Vorstand der Presse erklärte: „Die Bürokraten des erstarrten Sozialismus in der Sowjetunion sehen sich nicht in der Lage, historisch bedingte Impulse zu erkennen, geschweige denn, sie politisch zu konkretisieren.“ Daraufhin wurden von dem unterlegenen Vorstand Altkommunisten zu Hilfe gerufen. Bei der darauf folgenden Mitgliederversammlung wurden die neuen Vorstandsmitglieder von den KP-Anhängern aus dem Saal hinausgeprügelt und ein Ausschlußantrag gegen sie beschlossen.

Inzwischen dürfte die Gefahr für die SDAJ, daß in ihren Reihen „revisionistische“ Fraktionen entstehen, gebannt sein, da das „wildgewordene Kleinbürgertum“ (so der frühere SDAJ-Vorsitzende Priemer über die Gegner des CSSR-Einmarsches) aus der SDAJ ausgeschlossen wurde. Praktisch werden alle wichtigen Funktionen innerhalb der SDAJ von DKP-Funktionären kontrolliert. So waren 34 der 37 Vorstandsmitglieder, die auf dem II. Bundeskongreß, der am 13./14. Dezember 1969 stattfand, gleichzeitig Mitglieder oder Wahlkandidaten der DKP. Im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1971 wird davon ausgegangen, daß über 90 % der Mitglieder des SDAJ-Bundesvorstandes der DKP angehörten. Sowohl der frühere SDAJ-Bundesvorsitzende Priemer als auch der heutige Vorsitzende Gehrcke wurden in den Parteivorstand der DKP gewählt.

## Die organisatorische Struktur der SDAJ

Formal ist die SDAJ von der DKP unabhängig. Weder wird die SDAJ in den Statuten der DKP erwähnt, noch gibt es einen Hinweis auf die DKP in der Satzung der SDAJ, die übrigens nach Gründung der DKP noch einmal verändert wurde. Hierin heißt es lediglich: „Weltanschaulich bekennt sich die SDAJ zu den sozialistischen Ideen, wie sie von Marx, Engels und Lenin begründet wurden.“ Hinsichtlich ihres Verhältnisses zu politischen Parteien formuliert die SDAJ sogar: „Die SDAJ ist unabhängig von Parteien und Vereinigungen. Sie strebt mit allen demokratischen und sozialistischen Kräften außerhalb und innerhalb der Parlamente eine enge Zusammenarbeit an.“ Die SDAJ betont darüber hinaus ausdrücklich: „Die SDAJ kämpft auf dem Boden des bestehenden Grundgesetzes und tritt für die volle Verwirklichung und den weiteren Ausbau der Grundrechte und demokratischer Prinzipien in Staat und Wirtschaft ein.“ (Zitate aus Artikel 2 der SDAJ-Satzung.)

Die genaue Mitgliederzahl der SDAJ ist nicht bekannt, doch wurde im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1972 von etwa 12 000 Mitgliedern ausgegangen, hingegen gab die SDAJ für das Jahr 1971 eine Zahl von 23 850 Mitgliedern an.

Sitz der SDAJ ist Essen. Die SDAJ ist in 10 Bundesländern (mit Ausnahme von West-Berlin) vertreten. Sie versteht sich als „freiwilliger Zusammenschluß der arbeitenden und lernenden Jugend“, der „alle Anstrengungen unternimmt, damit sozialistische Auffassungen unter der Jugend Verbreitung finden“ (Artikel 2). Die SDAJ ist unterteilt in Orts-, Landes- und Bundesebene, wobei als oberstes Organ der Bundeskongreß, auf Landesebene die Landeskonferenz und Ortsebene die

Mitgliederversammlung zusammentritt. Bundeskongreß und Landeskonferenz tagen mindestens alle zwei Jahre (Artikel 4). Mitglied der SDAJ kann sein, „wer sich zu Programm und Satzung bekennt, wer regelmäßig seinen Beitrag bezahlt und mindestens 14 Jahre alt ist“ (Artikel 3). Mitglieder der SDAJ können korporative Jugendclubs, Jugendorganisationen und „andere Verbindungen junger Menschen“ sein (Artikel 3).

## DKP forciert Jugendagitation

Die Aktivitäten der SDAJ stellen nur einen Teil der DKP-Agitation im Bereich der jungen Generation dar. Darüber hinaus sind folgende DKP-nahe Organisationen, die mit der Arbeit der SDAJ eng verzahnt sind, um politischen Einfluß bemüht:

- Junge Pioniere; diese wurden am 1. Juni 1974 in Bottrop gegründet. Mitglieder können Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren werden. Im Oktober 1974 soll es bereits 141 Gruppen dieser Organisation in der Bundesrepublik gegeben haben.
- Marxistischer Studentenbund (MSB) Spartakus; dieser wurde offiziell am 20.—22. Mai 1971 in Bonn gegründet und stellt nach wie vor an einer ganzen Reihe von Hochschulen die Studentenregierungen. Außerdem sind im Bereich der Hochschulen auch DKP-Hochschulgruppen aktiv.
- Arbeitskreis Schüler beim Bundesvorstand der SDAJ. Die SDAJ verstärkte ihre Bemühungen auch im Bereich der Oberschüler, was nicht zuletzt eine Reaktion auf die Aktivitäten der Schüler-Union darstellt. So wurde am 17. Juni 1973 in Dortmund parallel zur 6. Bundesvorstandssitzung der SDAJ ein „Arbeitskreis Schüler beim Bundesvorstand der SDAJ“ gegründet, der die Aktivitäten der SDAJ im Schülerbereich steuern soll. Von der Gründung eines eigenen, bundesweit agierenden Schülerverbandes wurde abgesehen, doch wurden lokal eigene Schülerorganisationen, die in die Arbeit der SDAJ integriert sind, ins Leben gerufen.

Es kann also davon ausgegangen werden, daß die DKP innerhalb der jungen Generation inzwischen alle Bereiche erfaßt, wobei sie der Jugendarbeit einen äußerst hohen Stellenwert beimißt, wie alle Erklärungen der führenden DKP-Funktionäre nachweisen. So erklärte Herbert Mies 1971 als stellvertretender Vorsitzender der DKP: „Die Partei hat Hochachtung vor dem Kampfgeist der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend. Die Partei weiß es zu schätzen, daß die SDAJ im

Kampf gegen das Großkapital in vorderster Reihe steht. Die Partei weiß um die einigende und aktivierende Kraft des Verbandes in der jungen Generation . . . Mit wem soll sich denn ein sozialistischer Jugendverband verbünden, wenn nicht mit der marxistischen Arbeiterpartei, mit der DKP? . . . Die SDAJ setzt auf uns, auf die DKP. Wir sind Kampfgefährten. Wir kommen aus der gleichen Klasse. Wir haben die gleiche Weltanschauung. Wir haben die gleichen Freunde, die Sowjetunion, die DDR und die proletarischen Kämpfer in aller Welt. Wir haben das gleiche Ziel: den Sozialismus.“

## Vorbilder des SDAJ sind DDR und Sowjetunion

Im Tätigkeitsbericht des SDAJ-Bundesvorstandes zum IV. Bundeskongreß wird ausdrücklich erklärt: „Die DKP ist die Partei, die die Grundrechte der Jugend zu ihrem Programm gemacht hat. Wer seine Forderungen durchsetzen will, muß sich mit der fortschrittlichsten Kraft verbünden, das ist die kommunistische Weltbewegung, in welcher die DKP zusammen mit 50 Millionen Kämpfern für Frieden, Demokratie und Sozialismus streitet. Dafür kämpft auch die SDAJ. Deshalb fühlen wir uns eng verbunden mit der DKP und sagen: ‚Stärkt die Deutsche Kommunistische Partei!‘“

Auch in der Entschließung des IV. Bundeskongresses der SDAJ heißt es ausdrücklich: „Die DKP steht uneingeschränkt an der Seite der Jugend, die Stimme der Jugend ist in den Parlamenten zu hören, wenn dort kommunistische Vertreter sind . . . So wie sich die Partei der Arbeiterklasse zum Verfechter der Grundrechte der Jugend gemacht hat, so wird sie auch im Parlament stets für die Grundrechte der Jugend eintreten. Deshalb unterstützen wir in den Wahlkämpfen die Kandidaten der Deutschen Kommunistischen Partei. Deshalb kandidieren Mitglieder der SDAJ auf den Listen der DKP. Deshalb: Macht die Deutsche Kommunistische Partei stark!“

Diese uneingeschränkte Unterstützung der DKP durch die SDAJ wird in jeder einzelnen Publikation der straff geführten SDAJ-Gruppe deutlich. So formulierte die SDAJ Köln bereits im August 1970 (wiedergegeben stellvertretend für viele andere Publikationen): „Unseren zweijährigen Weg sind wir in fester und solidarischer Verbundenheit mit der DKP gegangen . . . Die DKP vertritt als Partei der Arbeiterklasse konsequent die Gesamtinteressen der werktätigen Bevölkerung in der BRD, also auch die der Arbeiterjugend . . . Deshalb war es für uns eine selbstverständliche Pflicht, die DKP in den drei Wahlkämpfen, die wir in unserer Stadt hatten, aktiv zu unterstützen. Kandidaten der Arbeiterjugend, der SDAJ,

fürten den Wahlkampf als eine Form des Klassenkampfes auf den Listen der DKP.“

### **Klares Bekenntnis zur DKP und SED**

Auch sonst bekennt sich die SDAJ ganz klar als Verfechter einer Politik von DKP und SED, zumal eine intensive Freundschaft zur „Freien Deutschen Jugend (FDJ)“ der DDR besteht, was sich in einem regen Delegationsaustausch niederschlägt. Es finden auch von Zeit zu Zeit internationale „Freundschaftslager“ der FDJ statt, so im Juli/August 1971 in Wilhelmstal bei Eisenach, an dem immerhin etwa 650 Mitglieder und Anhänger der SDAJ teilgenommen haben sollen.

Beste Beziehungen bestehen auch zum sowjetischen Jugendverband Komsomol. Am 14. März 1973 wurde so ein Protokoll zur weiteren „Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen Komsomol und SDAJ“ in Dortmund unterzeichnet. Diese Unterzeichnung wurde von der SDAJ wie folgt bewertet: „Als sozialistischer Jugendverband ist die SDAJ besonders eng und solidarisch verbunden mit der Jugend der UdSSR, der DDR und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft. Vom ersten Tag ihres Bestehens an war für die SDAJ die Freundschaft zur Sowjetunion, die Verbundenheit mit dem leninschen kommunistischen Jugendverband der Sowjetunion Kernstück und lebendigster Ausdruck ihres Internationalismus.“

Wie sehr die Sowjetunion als irdisches Paradies durch die SDAJ angesehen wird, zeigen auch Formulierungen der „Fünf Grundrechte der Jugend“ im „Kampfprogramm der SDAJ“: „In der Sowjetunion sind die Voraussetzungen für die freie Entwicklung der Jugend geschaffen. Dort werden demokratische Bildungssysteme geschaffen, die beispielhaft sind. Dort ist die Jugend frei von Sorge um ihre soziale Sicherheit, sie entwickelt sich in einer gesunden, kulturvollen Umgebung. Die Jugend nimmt dort verantwortungsbewußt und engagiert an der staatlichen Leitung teil, an der Gestaltung der komplizierten gesellschaftlichen Prozesse und der Lösung der Probleme beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft teil. Die Politik ihrer Länder ist von den Aufgaben der Friedenssicherung bestimmt.“

## **SDAJ auf der Suche nach Bündnispartnern**

Ihren Kampf um die Mitgliedschaft in Stadt- und Kreisjugendringen, vor allem aber im Deutschen Bundesjugendring, hat die SDAJ zu einer ihrer zentralen Aufgaben erklärt. Die SDAJ hätte keine Chance zur Aufnahme in Jugendringe

gehabt, wenn nicht andere Jugendorganisationen oder einige ihrer Funktionäre aktiv ihre Aufnahme gefördert hätten. Vorrangiges Ziel der SDAJ ist es dabei auch, Vertreter „unverdächtiger“ Jugendorganisationen, so des Bundes der Katholischen Jugend, einzuspannen, auf die sie sich dann auch immer wieder in ihren Publikationen beruft.

So sprach Robert Rossbruch vom Bund der Katholischen Jugend als Erster Vorsitzender des Stadtjugendringes Koblenz und Beratendes Mitglied des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz anlässlich der Ablehnung der SDAJ-Aufnahme in den Deutschen Bundesjugendring von einem „Pseudopluralismus“ in unserer „Pseudodemokratie“: „Dies müßte, in noch stärkerem Maße, von allen fortschrittlichen Jugendorganisationen transparent gemacht werden. In meiner Eigenschaft als 1. Vorsitzender des Stadtjugendringes (StJR) Koblenz und als einer, der die Entwicklung der SDAJ und StJR Koblenz vom ersten Aufnahmeantrag (die SDAJ stellte insgesamt 3 Aufnahmeanträge) bis zum heutigen Zeitpunkt genau verfolgen konnte, glaube ich sagen zu können, daß die SDAJ im StJR Koblenz, seit ihrer Mitgliedschaft vor zwei Jahren, einen aktiven, konstruktiven und effektiven jugendpolitischen Beitrag leistete und sicherlich auch weiterhin noch leisten wird.“ (SDAJ-Zeitschrift elan, Nr. 11, November 1974).

### Stimmungsmache linker Sympathisanten

Sehr offen setzt sich generell für eine Zusammenarbeit mit der SDAJ die „Naturfreundejugend“ ein. So erklärte Klaus Linsel, als Mitglied der Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend zu den Bemühungen der SDAJ zur Aufnahme in den Deutschen Bundesjugendring (DBJR): „Unterschiedliche Auffassungen und voneinander abweichende gesellschaftspolitische Einschätzungen gehören zum Alltag der DBJR-Politik. Wann also beginnt von seiten derer, die eine Mitgliedschaft der SDAJ nicht wahrhaben wollen, die politisch ausgewiesene Auseinandersetzung mit den Positionen und Konzeptionen der SDAJ? Der bis heute vorherrschende stille Boykott, dieser unpolitisch vorgebrachte Konsensus verschiedener Jugendverbände, ist in Perspektive ungläubwürdig und dürfte zu Lasten einer Arbeitsgemeinschaft von unterschiedlich strukturierten Jugendverbänden gehen, die der DBJR bis heute sein will und sein könnte.“ (elan, Nr. 10, Oktober 1974).

Und die Geschäftsführerin des Landesjugendringes Bremen, Weiß, erklärte auf die Frage, wie der Landesjugendring Bremen zum Aufnahmeantrag der SDAJ in den Deutschen Bundesjugendring steht: „Wir werden dafür stimmen — wie alle Jahre wieder. Die SDAJ ist jetzt seit mittlerweile sechs oder sieben Jahren Mitglied in unserem Landesjugendring. Und nicht nur Mitglied: Ein SDAJler ist bei uns im Vorstand tätig. Von daher gibt es für uns gar kein Argument, das gegen eine

Aufnahme in den DBJR spricht, im Gegenteil, nur dafür.“ (elan, Nr. 11/November 1974).

## Keine öffentlichen Mittel für Kommunisten

Die politischen Ziele der SDAJ sind klar: ihre Vorbilder sind die DDR und die Sowjetunion. Die von der SDAJ erstrebte „Diktatur des Proletariats“, die auch in der ständigen Berufung auf Marx, Engels und Lenin zum Ausdruck kommt, ist mit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ wie sie durch das Bundesverfassungsgericht interpretiert wird, nicht vereinbar, da eine solche Grundordnung das Gegenteil des totalen Staates ist. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind insbesondere zu rechnen:

- Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien,
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Wer diese grundlegenden Prinzipien ablehnt, hat kein Anrecht auf eine finanzielle Förderung durch den Steuerzahler. Wer wie beispielsweise die „Naturfreundejugend“ u. a. eine Zusammenarbeit mit der SDAJ vornimmt, verrät daher die Prinzipien der Demokratie.

Die Union wird daher einer Finanzierung der SDAJ aus öffentlichen Mitteln entgegenwirken und fordert SPD wie FDP auf, sich ebenso an dieser notwendigen Aufgabe zu beteiligen. Die Prinzipien einer streitbaren Demokratie werden eindeutig verletzt, wenn antidemokratische Gruppen wie die SDAJ zum Zwecke der Revolutionierung und zur Abschaffung der liberalen Freiheitsrechte auch noch staatlich subventioniert werden. Nur demokratische Gruppen können öffentliche Unterstützung erhalten. Wer aber glaubt, die SDAJ bewege sich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, dem kann nur ausgesprochene Naivität in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus bescheinigt werden.